

Krieg ist Frieden

Die Universität Tübingen forscht fürs Militär – trotz Zivilklausel

Die grüne Universitätsstadt Tübingen bekommt langsam ein Imageproblem: Sie wird im öffentlichen Bewusstsein zunehmend mit Militärforschung und Tierversuchen assoziiert. „Frieden schaffen mit Chemiewaffen“ und „Forschen für die Bundeswehr“ titelte vor kurzem die *taz*.

Der Hintergrund: Die Eberhard Karls Universität beteiligt sich an Militärforschungsprogrammen – obwohl eine Zivilklausel in der Grundordnung der Universität dies eigentlich verbietet. Die Klausel wurde im Rahmen der studentischen Proteste im Winter 2009/10 erkämpft und lautet: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“ Doch: „Die Zivilklausel interessiert die Uni überhaupt nicht“, urteilte jetzt die in Tübingen ansässige *Informationsstelle Militarisierung (IMI)*.

Im Auftrag des Verteidigungsministeriums wird zu Lärmtraumata, zu Organophosphaten und zur Wirkung nuklearer Strahlung auf Körperzellen geforscht. Zudem liefert die Universität Komponenten für sogenannte „µDrones“ (www.ist-microdrones.org), Überwachungsdrohnen für Militär und Polizei – trotz Zivilklausel.

Im Rahmen dieser Forschungen werden auch Tierversuche durchgeführt. Als „Tierversuchsstadt“ ist Tübingen ohnehin schon verschrien – an gleich drei Instituten werden dort Experimente an Primaten durchgeführt, wie sie in den letzten Jahren in München, Berlin und Bremen von den Behörden nicht mehr erlaubt worden sind; seit Januar 2009 richtet sich eine Kampagne gegen diese Affenversuche, am 18. Oktober will der Verein „Ärzte gegen Tierversuche“ der neuen rot-grünen Landesregierung von Baden-Württemberg die gegen sie gesammelten Unterschriften übergeben.

Doch damit nicht genug: Nun machte die Universität ausgerechnet Wolfgang Ischinger zum Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft. Der ist u.a. Organisator der Münchner *NATO-Sicherheitskonferenz*, bei der internationale Sicherheitspolitiker vorgeblich den „Frieden durch Dialog“ mit Militärs und Rüstungsindustriellen fördern wollen. Schon im April wurde der Militärstrategie bei einem öffentlichen Auftritt in der Tübinger Universität von Antimilitaristen am Reden gehindert. Per Interview mit der Lokalpresse versucht er daher momentan rechtzeitig vor Beginn des Wintersemesters sein Image aufzupolieren und stilisiert sich zum Fürsprecher von Abrüstung und Friedenspolitik. Dabei hat *Der Spiegel* erst im September seine Rolle als Kriegstreiber nach dem 11. September 2001 aufgedeckt: „Die uneingeschränkte Solidarität war eine deutsche Erfindung. Es gab Antreiber auf deutscher Seite“, schrieb das Nachrichtenmagazin – einer davon war Ischinger, damals Botschafter in Washington: Sein Büro habe „diese Formulierung erfunden“.

In einer Ringvorlesungsreihe im anstehenden Semester soll „weiter über den Krieg palavert werden“ – so Dietrich Schulze, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender des durch eine Zivilklausel gebundenen Forschungszentrums Karlsruhe mit fundierten Erfahrungen zum Thema. Er war als Auftaktredner der Vorlesungsreihe vorgesehen – so lange, bis er Kritik an den Rüstungsforschungsprogrammen und der Vergabe der Honorarprofessur übte. Kurzerhand wurde er wieder ausgeladen. Mit dabei sein wird dafür u.a. Dr. Sabine Jaberger von der Bundeswehr-Führungsakademie. Die Vorlesung soll „dazu beitragen, das Nachdenken über eine angemessene Ausgestaltung der Zivilklausel zu befördern“ – so die Universität. Schulze warnt derweil vor der Etablierung einer „olivgrünen Zivilklausel“.

Matthias Rude